

5734 Reinach, 20. Oktober 2010

Pressemitteilung (mit der Bitte um Veröffentlichung)

Parolen der SD Aargau zum Urnengang vom 28. November 2010

**Ja zur Ausschaffungsinitiative
Nein zum Gegenentwurf
Stichfrage: für die Volksinitiative
Nein zur Steuergerechtigkeits-Initiative**

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sprechen sich einstimmig für die Ausschaffungsinitiative aus. Nein sagen die SD Aargau hingegen zum Gegenentwurf und zur Steuergerechtigkeits-Initiative.

In kaum einem anderen Land Europas leben so viele Ausländer wie in der Schweiz. Der überwiegende Teil davon respektiert unsere Gesetze. Viel zu viele Ausländer missachten jedoch unsere Gastfreundschaft. Sie begehen schwere Straftaten, bedrohen unser Eigentum sowie unsere Gesundheit und unser Leben. Fakt ist: Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer. Kriminelle Banden, welche von den offenen Grenzen profitieren, gehen in der Schweiz auf Einbruchstour. Viele Kriminelle nutzen den Asylweg, um in der Schweiz ihren Machenschaften nachzugehen. Daher überrascht es nicht, dass sich der Ausländeranteil bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65 Prozent erhöht hat. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer verbessert die heutige Rechtslage und schafft Klarheit und Sicherheit. Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, die kriminell werden oder missbräuchlich Sozialleistungen beziehen, werden konsequent ausgeschafft und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Da durch die Ausschaffungsinitiative die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angestrebt wird, entspricht dieser Verfassungsgrundsatz auch internationalem Recht. Nach Meinung der SD Aargau formuliert die Ausschaffungsinitiative klare Tatbestände, bei deren Erfüllung das Aufenthaltsrecht und sämtliche Rechtsansprüche auf weiteren Aufenthalt erlöschen. Die Frage der Ausweisung fällt somit nicht mehr in das Ermessen der Behörden. Der Gegenentwurf ist für die SD Aargau sicher eine Alternative. Störend beim Gegenentwurf ist jedoch, dass kriminelle Ausländer auf Staatskosten integriert werden sollten. Bei der Stichfrage haben sich die SD Aargau einstimmig für die Volksinitiative entschieden.

Das Nein der SD Aargau zur Steuergerechtigkeits-Initiative wird unter anderem damit begründet, dass bei einer Annahme dieser Vorlage in einigen Kantonen früher oder später die Steuern erhöht werden müssten. Für die SD Aargau soll auch weiterhin die Steuerhoheit bei den Kantonen liegen. Die Souveränität der Kantone darf nach Meinung der SD Aargau nicht angetastet werden.

Freundliche Grüsse

**Schweizer Demokraten SD
Kantonalsektion Aargau**

René Kunz, Reinach, Kantonalpräsident, Grossrat